

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 03.07.2024
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:06 Uhr

Ende: 18:14 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Frau Stadträtin Gertraude von Streit ab 16:15 Uhr.

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Verwaltung

Herr René Bantel

Herr Franz Geberth

Frau Ellen Haar-Nußbaum

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Richard Neiszer

Herr Ortsvorsteher Werner Nußbaum

Herr Helmut Ott

Herr Dieter Popp

Herr Michael Schaumann

Frau Nuru Debora Thie

Frau Melanie Wöller

Schriftführerin

Frau Ann-Kathrin März

Abwesend:

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Tagesordnung

=====

- 1** Neubau Pumptrack Straßdorf, Bewilligung Zuschuss
- 2** Nichthaushaltswirksame Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2024/2025 - Teil 2
 - 2.1** 20. Entwicklung des Areals Bauhof
 - 2.2** 21. Überarbeitung der Stadtteil-Homepages
 - 2.3** 22. Ausbau der Kinderbetreuung
 - 2.4** 23. Lärmaktionsplan
 - 2.5** 24. Gesamtkonzept „Lebenswerte Altstadt“
 - 2.6** 25. Kapitalausstattung Stadtwerke
 - 2.7** 26. Keine Ausnahmeregelungen für Schaffung bezahlbarer Wohnraum
 - 2.8** 27. Bericht Stellenanteile Jugendarbeit/Streetwork im Vergleich mit anderen
 - 2.9** 28. Runder Tisch Familie mit Unterstützungsbedarf und Konzepterstellung
 - 2.10** 29. Bericht Reinigungspersonal
 - 2.11** 30. Bericht Fairtrade Town
 - 2.12** 31. Bericht Stadtarchiv zur Erinnerungskultur
 - 2.13** 32. Bericht Gotteszell
 - 2.14** 33. Anfrage zu Domos Judaeorum
 - 2.15** 34. Kompetenzzentrum für nachhaltige Technologien
 - 2.16** 35. Einführung einer Schuldenobergrenze
 - 2.17** Schiller-Realschule im Verbund
- 3** Fortschreibung der Elternbeiträge für das Kindertagesstättenjahr 2024/2025
- 4** Anpassung der Entgelte für Schulkindbetreuung und Schulessen
- 5** Fairtrade-Town - Sachstandsbericht
- 6** Bekanntgaben
 - 6.1** Zensus 2022

6.2 Kommunalwahl 2024

7 Anfragen

7.1 Rückgabe von Bauplätzen

7.2 Wolfsgruß

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Neubau Pumptrack Straßdorf, Bewilligung Zuschuss
Vorlage: 101/2024

Protokoll:

Herr Bouillon erläutert den Sachverhalt, wie in der Sitzungsvorlage beschrieben.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich und bittet Ortschaftsrätin Dlask und Ortsvorsteher Nussbaum sowie die Radsportabteilung vom TV Straßdorf nach vorne.

Herr Schweizer, Abteilungsleiter der Radsportgruppe, berichtet über die Anfänge mit einer Unterschriftenaktion. Er berichtet über die Pumptrackanlage und ihre Vorteile für Kinder und Jugendliche. Knapp 300 Unterschriften wurden in Straßdorf gesammelt.

Ortschaftsrätin Dlask/Bürgerliste Straßdorf berichtet, dass es die Radsportgruppe seit Januar gibt und sie bereits auch Mitglied im Radsportverband sei. Der TV Straßdorf möchte den Verein damit noch attraktiver für Jugendliche und Kinder machen.

Ortsvorsteher Nussbaum sei stolz auf den Fortschritt der Planungen. Die Pumptrackanlage findet überall Zustimmung. Alle stehen dahinter. Er hofft nun auf eine rasche Umsetzung.

Erster Bürgermeister Baron berichtet über die Geschichte von Pumptrack. Für den TV Straßdorf seien seit 4 Jahren 100.000 Euro im Haushaltsplan. Erst waren diese für ein Kleinspielfeld gedacht. Hierfür belaufen sich die Kosten aber auf ungefähr 500.000 Euro. Der TV Straßdorf hätte deshalb 400.000 Euro selbst stemmen müssen. Nach vielen Gesprächen zwischen Stadt und Verein konnte man sich auf eine Pumptrackanlage verständigen. Die Anlage wird für alle offen sein und wird nicht nur vom TV Straßdorf genutzt werden. Die gedachte Lage hierfür sei sehr gut. Es sei die beste Variante, dass der Verein über die Hälfte der Kosten selbst stemmt, die die Stadt für den Sport machen könne.

Oberbürgermeister Arnold berichtet, dass die Vorlage morgen auch noch mit dem Jugendgemeinderat beraten werde.

Stadtrat Schneider/CDU begrüßt diese Maßnahme. Für Kinder und Jugendliche, aber auch für die Erwachsene sei die Anlage eine Bereicherung. Die CDU Fraktion unterstütze das Vorhaben.

Stadtrat Baum/DIE GRÜNEN dankt für Erläuterungen. Es sei eine feine Sache und eine tolle Idee, die da gewachsen und gediehen sei. Er schließt sich den Erläuterungen von

Stadtrat Schneider an. Es sei ein schönes Geburtstagsgeschenk für TV Straßdorf. Seine Fraktion werde noch diskutieren ob sie zustimmen. Seine Sorge sei, dass die Förderung andere Vereine zur Diskussion anregen könnte. Womöglich würden dann alle Vereine 100.000 Euro wollen. Außerdem sei die Radsportabteilung noch sehr jung und klein. Die Stadt sei mit ihren Mitteln knapp bei Kasse. Er möchte wissen, ob nicht noch gewartet werden könne, bis die Abteilung Radsport größer sei. Es gebe ja außen rum in den Nachbarkommunen auch Anlagen, die genutzt werden können. Außerdem erkundigt er sich nach Alternativen auf nicht genutzten Gewerbeflächen und ob die Flächennutzung woanders nicht sinnvoller sei, als auf landwirtschaftlicher Fläche. Ebenfalls möchte er wissen, wie die Haftpflicht genau geregelt werde und wie hoch diese sei.

Erster Bürgermeister Baron berichtet, dass der Stadtverband Sport das Vorhaben sehr begrüßt und dahintersteht. Die Vereine hätten in der Vergangenheit immer zusammengehalten. Jeder Verein, der in der Vergangenheit ein tolles Projekt hatte, wurde von den anderen Vereinen unterstützt. Wenn es im Gesamten fair bleibe, dann sehe er kein Problem. Drei Jahre warten bis die Anlage gebaut werde könne man machen, aber ob die Haushaltslage dann besser sei, wäre fraglich. Zum dritten sei nun eine Dynamik im Verein, die man unterstützen müsse. Das Risiko sei viel größer, dass diese Dynamik in drei Jahren nicht mehr da sei, wenn man der Radsportabteilung diese Chance verwehren würde. Bezüglich der gewählten Fläche berichtet Erster Bürgermeister Baron, dass die Fläche nicht die erste Wahl sei. Man habe aber abgewägt und diese Fläche sei die am Geeignetesten eingestuft. Das Areal werde damit aufgewertet, auch durch die Begrünung der Anlage. Es sei eine naturnahe Trainingsanlage. Die Vorteile überwiegen. Die Versicherungslösung sei noch in der Prüfung. Entweder man erweitere die städtische Haftpflichtversicherung kostenneutral oder der TV Straßdorf erweitere seinen Versicherungsschutz. Derzeit werde geprüft, was besser und geschickter sei.

Stadträtin Heusel/SPD findet, dass es eine super Idee sei. Die Anlage bereichere das Sportangebot in Schwäbisch Gmünd. Es fehle ein alternatives Angebot in der Stadt. Es sei eine tolle Sache. Sie erkundigt sich, warum man sich für eine Pumptrackanlage und nicht für Dirttrackanlage entschieden habe.

Herr Schweizer erläutert, dass die Dirttrackanlagen sehr sehr pflegeintensiv sei. Man bräuchte immer jemanden der sich um die Anlage kümmert. Eine asphaltierte Anlage habe den Vorteil, dass von jung bis alt alle die Anlage universell nutzen können. Der einzige Pflegeaufwand sei die Begrünung und das Laub im Herbst zu entfernen. Langfristig gesehen sei die Anlage deutlich kostengünstiger.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich nach dem Verletzungsrisiko bei der Asphaltanlage.

Herr Schweizer weist darauf hin, dass eine Schutzausrüstung auf jeden Fall von Vorteil wäre und dass man auf diese vor Benutzung der Anlage auch hinweise.

Stadtrat Fritz/s.ö.I. findet die Pumptrackanlage sehr gut. Seine Fraktion werde auf jeden Fall zustimmen. Kinder und Jugendliche zur Bewegung animieren findet er sehr loblich. Das Rad gewinne immer mehr an Popularität. Er äußert aber generell die Kri-

tik, dass die Stadtverwaltung die Hände nicht in Schoß legen solle. Das Thema Fahrradstraßenkultur sehe seine Fraktion mit großer Sorge. Man versuche einerseits junge Menschen fürs Radfahren zu begeistern und andererseits sie die Infrastruktur nicht gut genug.

Erster Bürgermeister Baron entgegnet, dass die Verwaltung natürlich nicht die Hände in den Schoß legen würde. Fahrradstraßen und das Thema Rad fahren allgemein seien ein großes Thema in der Verwaltung. Es gebe große Fortschritte in diesem Bereich. Erste Pläne werden bereits finalisiert. Aktuell beispielsweise sei die Nische Mountainbike in Bearbeitung. Die Verwaltung versuche bei allen Puzzleteilen weiter zu kommen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen sieht mit der Anlage ein Happy End bei Einstellung der Mittel im Haushalt. Sie hält dies für eine gute Sache. Es sei toll, dass der TV Straßdorf so engagiert sei. Auch, dass Kurse organisiert werden würden, sei ganz toll. Sie weist nochmals auf die Verkehrssicherungspflicht, auf eine sportliche Ausrüstung und die Eigenhaftung hin. Außerdem lägen im Herbst nicht nur Blätter, es gebe auch im Winter Glatteis und Schnee. Ein Schild aufzustellen sei daher nicht schlecht. Sie erkundigt sich, wie lange der Asphalt halte.

Herr Schweizer berichtet, dass solche Anlagen sehr lange halten würden. Heubach z. B. habe seit 15 Jahren eine Anlage, die immer noch top in Schuss sei. Eine Beschilderung sei ebenfalls vorgesehen, die auf die Nutzung der Anlage mit Schutzausrüstung hinweise. Bei einer Winternutzung merke man schnell, ob es glatt sei. Dann sei eine Nutzung auch nicht möglich. Eine zeitliche Regelung zur Nutzung der Anlage sei dann ebenfalls vorhanden.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste schließt sich den Worten ihrer Vorredner an. Ihre Fraktion stehe hinter der Erweiterung des Sportangebots in Schwäbisch Gmünd. Sie sehe keinen Hinderungsgrund.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich beim TV Straßdorf und bei Ortsvorsteher Nussbaum und Ortschaftsrätin Dlask für ihr Engagement. Er hofft auf eine mehrheitliche Zustimmung im GR, damit der Start noch im Jubiläumsjahr des TV Straßdorf geschehen könne.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt:

nachrichtlich an Amt: 67

**zu 2 Nichthaushaltswirksame Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2024/2025 -
Teil 2
Vorlage: 089/2024**

zu 2.1 20. Entwicklung des Areals Bauhof

Protokoll:

Die CDU Fraktion sei mit den Ausführungen der Verwaltung einverstanden.

zu 2.2 21. Überarbeitung der Stadtteil-Homepages

Protokoll:

Die CDU Fraktion sei mit den Ausführungen der Verwaltung einverstanden.

zu 2.3 22. Ausbau der Kinderbetreuung

Protokoll:

Die CDU Fraktion sei mit den Ausführungen der Verwaltung einverstanden.

zu 2.4 23. Lärmaktionsplan

Protokoll:

Stadtrat Baum/DIE GRÜNEN sei sich nicht sicher ob der Antrag richtig verstanden wurde. Es gehe darum, dass die Grundlage sich geändert habe. Man müsse neue Berechnungen machen und bis 18.7. müsse der Lärmaktionsplan überarbeitet werden. Er erkundigt sich, was mit dem Plan sei und inwiefern die Maßnahme nicht umgesetzt werde.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. merkt an, dass Überprüfung des Lärmaktionsplan bis 18.07 abgeschlossen sein müsse. Die Stadt müsse reagieren, weil die Auswirkungen gesundheitsschädlich seien. Angesichts, dass viele Menschen darunter leiden würden, sei Tempo angesagt. Er erkundigt sich nach dem Zeitplan.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen berichtet, dass der Ministerpräsident von einem neuem Plan gesprochen habe. Es gebe mehr Förderungen usw. Der Gemeinderat sei lange dran an diesem Thema und werde immer wieder vertröstet. Eine mathematische Rechnung sei schon lange überfällig. Dies müsse nun endlich in Angriff genommen werden.

Erster Bürgermeister Baron berichtet, dass der Lärmaktionsplan und was daraus erwächst keine Gesetzeskraft habe. Er habe ein hohes Gewicht, aber man müsse es immer im Zusammenhang mit anderen Dingen betrachten. Was der Verwaltung das Leben schwer mache, sei die Berechnung. Diese Berechnung mache alles objektiver als Messung und sei zudem sehr kompliziert. Jetzt müsse man auch noch Nachtzeiten dazu rechnen. Dies mache alles komplizierter. Der Lärmaktionsplan der Stadt sei schon lang beim Regierungspräsidium zur Prüfung. Man warte schon lange auf ein Ergebnis. Einen Teil der Maßnahmen habe die Stadtverwaltung schon umgesetzt. Beispielsweise in der Kernstadt mit Tempo 30 oder weniger. Die neue Gesetzeslage und neue Programme kämen jetzt aber dazwischen. Es sei wie ein Hase und Igel Spiel. Die Verwaltung sei ebenfalls nicht zufrieden. Man müsse die Situation immer konkret betrachten. Die wirksamste Maßnahme seien Lärmschutzfenster. Zone 30 helfe auch. Die Verwaltung sei jetzt dabei den Lärmaktionsplan zu überarbeiten und die Nachtzeiten mit aufzunehmen. Man sei sich einig über das Konstrukt, aber die Umsetzung sei nicht so einfach.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 66

zu 2.5 **24. Gesamtkonzept „Lebenswerte Altstadt“**

Protokoll:

Stadträtin Heusel/SPD sei einverstanden hofft auf konkrete Ergebnisse im Herbst

Herr Hackner entgegnet, dass man mit Hochdruck daran arbeite.

zu 2.6 25. Kapitalausstattung Stadtwerke**Protokoll:**

Stadträtin Heusel/SPD sei einverstanden. Es sei ein komplexes Thema.

zu 2.7 26. Keine Ausnahmeregelungen für Schaffung bezahlbarer Wohnraum**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/s.ö.l. berichtet, dass seine Fraktion die Möglichkeit, dass sich Investoren rauslösen könnten keine gute Variante sei. Viele Menschen suchten händeringend bezahlbaren Wohnraum. Für ihn wäre noch interessant was für aktuelle Projekte am Laufen seien und was in nächster Zeit komme. Er erkundigt sich außerdem, ob die Summe für den Salvator schon eingegangen sei.

Erster Bürgermeister Baron entgegnet, dass man nach der Summe für den Salvator schauen werde.

Oberbürgermeister Arnold berichtet, dass man sich mit den Flüchtlingen, die damals in die Stadt gekommen seien, an leerstehende Objekte und deren Eigentümer herangetastet habe. Nachdem nun immer wieder Wohnungen, die von Flüchtlingen bewohnt wurden, frei werden, konnte festgestellt werden, dass die Eigentümer auch weiterhin bereit sind weiter zu vermieten. So konnte der Mietraum enorm erweitert werden. Nun wolle man noch an Mietraum in den Teilorten herankommen.

Herr Hackner ergänzt, dass es neues Programm Mietraum nächstes Jahr im April geben werde. Da sei die Stadt mit einem Projekt dran um dies voran zu bringen.

zu 2.8 27. Bericht Stellenanteile Jugendarbeit/Streetwork im Vergleich mit anderen**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/s.ö.l. berichtet, dass man im Vergleich zu anderen Städten, unterbesetzt sei. Er sehe deshalb großen Handlungsbedarf. Der Handlungsdruck sei groß.

Erster Bürgermeister Baron stimmt Stadtrat Fritz zu. Man sei sich einig und die Verwaltung werde einen Vorschlag machen. Aber Sozialarbeiter seien eine reine Freiwilligkeitsleistung.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man das, was die Stadt habe, besser konzentrieren müsse. Wenn gewissen Strukturen konzentriert würden, werde man besser sein. Mit den Jugendtreffs sei man auf einen guten Weg gekommen. Er sieht sehr gute Ansätze, zum Beispiel in der Oststadt. Man müsse versuchen attraktiv zu bleiben um die Streetworker in der Stadt zu behalten.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. entgegnet, dass die Stadt mehr Personalbrauche. Nur über das Ehrenamt könne es nicht gehen. Man müsse schauen, dass in den Stadtteiltreffs hauptamtliche Strukturen geschaffen würden.

zu 2.9 **28. Runder Tisch Familie mit Unterstützungsbedarf und Konzepterstellung**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.l. möchte dies nach der Sommerpause besprechen.

zu 2.10 **29. Bericht Reinigungspersonal**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erwidert, dass die söl Fraktion mit den Ausführungen der Verwaltung einverstanden sei.

zu 2.11 **30. Bericht Fairtrade Town**

Protokoll:

Stadtrat Dr. Benk/ s.ö.l. erläutert, dass sich der Antrag vor allem an Beschaffungen der Stadt gerichtet habe. Interessant wäre zu wissen, was wirklich gemacht würde, über Kaffee und Schokolade hinaus. Textilien, Arbeitskleidung usw.

Oberbürgermeister Arnold entgegnet, dass dies bei Tagesordnungspunkt 5 besprochen werde.

zu 2.12 31. Bericht Stadtarchiv zur Erinnerungskultur

Protokoll:

Die Fraktion Bürgerliste sei mit den Ausführungen der Verwaltung einverstanden.

zu 2.13 32. Bericht Gotteszell

Protokoll:

Die Fraktion Bürgerliste sei mit den Ausführungen der Verwaltung einverstanden.

zu 2.14 33. Anfrage zu Domos Judaeorum

Protokoll:

Die Fraktion Bürgerliste sei mit den Ausführungen der Verwaltung einverstanden.

zu 2.15 34. Kompetenzzentrum für nachhaltige Technologien

Protokoll:

Die Fraktion Freie Wähler Frauen sei mit den Ausführungen der Verwaltung einverstanden.

zu 2.16 35. Einführung einer Schuldenobergrenze

Protokoll:

Die Fraktion Freie Wähler Frauen sei mit den Ausführungen der Verwaltung einverstanden.

zu 2.17 Schiller-Realschule im Verbund

Protokoll:

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen möchte das Augenmerk noch auf die Schiller-Realschule im Verbund richten. Der Musiksaal sei in die Jahre gekommen und der Flügel nicht mehr stimmbar. Ein neuer Flügel solle angeschafft werden. Man habe auch eine Firma gefunden, die mit einer Ratenzahlung einverstanden wäre. Außerdem gebe es auf dem Schulhof Bäume, die kaum mehr belaubt seien. Hier wären neue Bäume eine Überlegung wert.

Erster Bürgermeister Baron sei das Thema Flügel sehr gut bekannt. Man müsse sich bei den Schulen immer darüber unterhalten, wer welche Ausstattung bekomme. Alle diese Themen wurden beraten und viele konnten wegen der Haushaltslage nicht berücksichtigt werden. Die Schulen seien ordentlich aber nicht luxuriös ausgestattet.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass so etwas zum Lieblingsthema des Quartiers werden müsse und beispielsweise über Spenden und Sponsoren finanziert werden könne.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt: 40

zu 3 Fortschreibung der Elternbeiträge für das Kindertagesstättenjahr 2024/2025 Vorlage: 056/2024

Protokoll:

Frau Wöllner erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation.

Erster Bürgermeister Baron berichtet, dass man bereits den zweiten Anlauf nehme, diese Vorlage in den Gemeinderat einzubringen. Man habe nun intensiv diskutiert. Aus dieser Besprechung heraus habe man nun dargestellt, dass die faire Bezahlung

des Personals ein Faktor sei und dass das städtische Angebot sehr gut sei. Gebührenerhöhungen möge niemand gerne. Es sei aber eine moderate Erhöhung. 17% der Familien würden zudem wegen einem Wohngeldbezug keine Gebühren bezahlen. Die Verwaltung empfehle die Erhöhung so wie vorgeschlagen.

Stadtrat Sopp/CDU bedankt sich für den Vortrag. Die städtischen Leistungen kosten nun einmal Geld. Es bleibe nichts Anderes übrig als zu erhöhen. Die CDU trage den Vorschlag der Verwaltung mit.

Stadtrat Krieg/DIE GRÜNEN wundert sich, dass vom Gesamtelternbeirat niemand da sei. Man biete tolle Qualität. Außerdem liege man deutlich unter der Empfehlung zur Deckungsquote. Die Verwaltung sei moderat bei den Elternbeiträgen.

Stadträtin Heusel/SPD hält den Sachverhalt für eine schwierige Entscheidung jedes Jahr. Kinderbetreuung in unserer Stadt sei hervorragend. Es gebe ein großes Angebot. Die Qualität sei sehr gut. Wichtig wäre, wenn Land und Bund sich bewegen und diese Angebote kostenlos machen würden. Deshalb stimme Die SPD Fraktion dem nicht zu. Man bespreche sich nochmal, aber man müsse auch mal aus Prinzip bei einer Haltung bleiben. Es sei klar, dass die finanzielle Situation es nicht hergebe, aber aus Prinzip können die SPD Fraktion nicht mitgehen. Sie wolle ein Zeichen an Land und Bund setzen.

Erster Bürgermeister Baron erkundigt sich bei Stadträtin Heusel nach einem Finanzierungsvorschlag.

Stadtrat Sopp/CDU entgegnet, dass es ja nicht bringe, wenn man nicht zustimme. Finanzieren müssen die Stadt dies trotzdem.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass die Kinderbetreuung ja irgendwie bezahlt werden müsse. Der Vorschlag der SPD Fraktion sei derzeit nicht umsetzbar.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. schließt sich den Worten von Stadträtin Heusel an. Die Argumentation sei die, die die söl Fraktion seit Jahren vertrete. Kitas seien eine wichtige Bildungseinrichtung. Die Stadt sei super aufgestellt. Aber alle Kinder sollten die gleichen Chancen haben. Man müsse eine Protestnote in Richtung Stuttgart schicken. Er schlägt eine Petition aus der Raumschaft nach Stuttgart vor und stell hierfür den konkreten Antrag.

Erster Bürgermeister Baron berichtet, dass das Ziel ja in Ordnung sei. Eine Petition könne man schicken. Aber man habe einen Haushalt beschlossen. Das Budget sei für die Kinderbetreuung. Wenn die Stadt nicht mehr Geld über die Gebührenerhöhung bekomme, dann müsse man woanders sparen. Springerkräfte abbauen beispielsweise. Die sei ein falsches Signal für die Eltern, wenn man die Verlässlichkeit verschlechtere. Man spare dann an dem hohen Niveau der Familienfreundlichkeit. Den Ministerpräsidenten und den Bundeskanzler beeindrucke diese Aktion bestimmt nicht.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen stimmt Erster Bürgermeister Baron zu. Der Vorschlag sei Wunschdenken, dass sich nicht umsetzen lasse.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste sieht ein, dass es für viele Eltern ein Kraftakt sei, die Gebühren aufzubringen. Aber die Gebührenerhöhung sei notwendig. Deshalb stimme Ihre Fraktion zu.

Stadtrat Krieg/CDU erwidert, dass die Stadt „Bildung vor die Klammer“ auf die Fahne geschrieben habe. Man könne stolz sein, was man in den letzten Jahren geschaffen habe. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei deutlich gestärkt. Die Kirchen ziehen sich immer weiter zurück von ihren Aufgaben. Andere Gemeinden um Schwäbisch Gmünd herum würden schauen, was die Stadt mache. Alle Gemeinden täten sich schwer, hätten aber die Erhöhung beschlossen. Man könne gerne in Stuttgart protestieren, aber der Erhöhung jetzt nicht zuzustimmen wäre ein falsches Signal an die Familien.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass die Verwaltung nichts streichen wolle. Die Springkräfte seien reine Freiwilligkeitsleistung, die aber gestrichen werden müssten, wenn wir nicht erhöhen.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich, ob es eine Statistik gebe, die erfasse, welche Kinder in der Kita sein müssten aber nicht sind.

Erster Bürgermeister Baron verneint dies, man könnte aber über das Melderegister schauen und dies mit den angemeldeten Kindern in den Kitas vergleichen. Aber die Stadt habe auch auswärtige Kinder in den Kitas. Dies sei also kaum aussagekräftig. Zudem gebe es auch Kinder, die aus anderen Gründen nicht in die Kita gehen würden.

Oberbürgermeister Arnold berichtet, dass Kopenhagen gute Erfahrungen damit gemacht habe, dass es eine Kindergartenpflicht gäbe, ansonsten werde das Kindergeld gestrichen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 40

zu 4 Anpassung der Entgelte für Schulkindbetreuung und Schulesen **Vorlage: 095/2024**

Protokoll:

Frau Haar-Nussbaum erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Entgelte für die Schulkindbetreuung im Rahmen der verlässlichen Grundschule und des ergänzenden Angebots an den Ganztagsgrundschulen werden angepasst. Es gelten ab 01.09.2024 die in der neuen Entgeltordnung vom 03.07.2024 festgesetzten Sätze (Anlage 3).

2. Das von der Stadt zur Verfügung gestellte Schulessen an den städtischen Schulen wird auf 4 €/Essen für Grundschüler und 4,30 €/Essen für Sekundarschüler, sowie 5 €/Essen für Lehrer festgesetzt.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt:

nachrichtlich an Amt: 40

zu 5 Fairtrade-Town - Sachstandsbericht**Protokoll:**

Frau Thie erläutert den Sachverhalt. Eine Rezertifizierung des Titels „Fairtrade Town“ stehe für 2024 an. Hier arbeite Frau Thie gemeinsam mit der Steuerungsgruppe, dem Arbeitskreis Eine Welt daran. Zudem gab es für die Verwaltungsmitarbeitenden einige kleine Sensibilisierungsmaßnahmen zur Dienstanweisung und dem fairen Handel. Diese wurden mit den Begleitmaßnahmen der geförderten Stelle „Koordination Kommunale Entwicklungspolitik“ finanziert. Durch die Sensibilisierungsmaßnahmen kämen die Kolleginnen und Kollegen bei Fragen zu fairen Produkten und entsprechenden Siegeln nun auf Frau Thie zu. Zudem habe es mit den Nachhaltigkeitsbeauftragten einen Workshop gegeben. Auch hier wurde über die Überarbeitung der Dienstanweisung gesprochen. Der Fair-o-Mat werde eine weitere Möglichkeit sein, Bürgerinnen und Bürger, Gremienmitglieder, Gäste und Beschäftigte auf faire Produkte aufmerksam zu machen. Dieser wird voraussichtlich im Spätsommer im Bürgerbüro aufgestellt. Ein Beschaffungsleitfaden müsse erstellt werden. Hier werde man sich an der nationalen Kreislaufstrategie orientieren, die gerade entworfen werde.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l., ob auch Dienstkleidung fair beschaffen werde, entgegnet Frau Thie, dass beispielsweise auch die Feuerwehr faire Dienstkleidung trage.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. dankt für den Vortrag und weist auf eine zentrale Beschaffung hin. Die Dienstanweisung sei gut, aber müsse auch umgesetzt werden. Er erkundigt sich, wie es mit einer zentralen Beschaffung aussehe.

Herr Gebert ergänzt, dass die Bundesregierung gerade eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickle.

Herr Ott führt aus, dass man damals beschlossen habe, eine Servicestelle Beschaffung zu schaffen, die die Ämter bei der Beschaffung berate. Diese Stelle sei seit zwei Jahren besetzt und werde von den Ämtern gut in Anspruch genommen. Hauptsächlich im Bereich Gebäudewirtschaft und Tiefbauamt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Bekanntgaben

zu 6.1 Zensus 2022

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold berichtet über den Zensus 2022. Die Stadt habe an um 1244 Einwohner zugelegt, aber man bekomme dies leider nicht gleich vergütet, sondern erst ab 2026. Da alle anderen Kommunen im Ostalbkreis Einwohner verloren haben, sei dies dennoch ein sehr positives Ergebnis.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10, 20
nachrichtlich an Amt:

zu 6.2 Kommunalwahl 2024

Protokoll:

Herr Ott berichtet, dass das Regierungspräsidium Stuttgart die Rechtmäßigkeit der Kommunalwahl geprüft und dies nun bestätigt habe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt:10.1

zu 7 **Anfragen**

zu 7.1 **Rückgabe von Bauplätzen**

Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste habe gelesen, dass in einigen Kommunen viele Bauplätze zurückgegeben wurden. Sie erkundigt sich, ob dies in Schwäbisch Gmünd auch der Fall gewesen sei.

Herr Hackner verneint dies und berichtet zudem, dass die Stadt aber auch wenige Bauplätze im Angebot hatte.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 62

zu 7.2 **Wolfsgruß**

Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste berichtet vom „Wolfsgruß“ eines türkischen Nationalspielers. Sie erkundigt sich nach Erfahrungen, ob dieser „Wolfsgruß“ in Gmünd bei Autokorsos nach EM-Spielen der Türkei auch gezeigt wurde und wie stark die Vereinigung „Graue Wölfe“ in Schwäbisch Gmünd sei.

Erster Bürgermeister Baron berichtet, dass es beim vorletzten Spiel der Türkei in der Ledergasse Schwierigkeiten gegeben habe. Deshalb habe man beim letzten Spiel veranlasst, dass die Ledergasse abgesperrt werde. Es sei im Wesentlichen friedlich gewesen. Er schätzt, dass ungefähr 1000 Teilnehmer anwesend waren, die zu Fuß unterwegs waren und gefeiert hätten. Um ein Uhr endete die Party. Einen Wolfsgruß habe er nicht gesehen und auch nichts davon gehört. Die Gruppe der „Grauen Wölfe“ sei in Schwäbisch Gmünd kein Geheimnis. Dieser Gruß werde in Deutschland kritisch gesehen, weil er der Grundordnung widerspricht. In Schwäbisch Gmünd sei ihm aber nichts bekannt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: